



Dr. Matthias Miersch

Mitglied des Deutschen Bundestages
Umweltpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Dr. Matthias Miersch, MdB · Odeonstr. 15/16 · 30159 Hannover

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Ansprechpartner: Fabian Böer, Birgit Heine,
Lars Drebold
Tel: (030) 227 – 71111
Fax: (030) 227 – 76099
Email: matthias.miersch@bundestag.de

Wahlkreis

Kurt-Schumacher-Haus
Odeonstr. 15/16
30159 Hannover
Ansprechpartnerinnen:
Heidrun Hellemann, Frauke Meyer-Grosu
Tel: (05 11) 16 74 303 (09:00 - 14:00 Uhr)
Fax: (05 11) 92 03 190
Email: matthias.miersch@wk.bundestag.de
www.matthias-miersch.de

Hannover, 16. Mai 2014

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

den heutigen Newsletter möchte ich ganz bewusst einmal anders aufbauen. Er soll sich mit den „Baustellen“ befassen, an denen ich gerade konkret in meiner Funktion als umweltpolitischer Sprecher arbeite. Somit möchte ich direkt einen Einblick geben, um teilweise auch den enormen Abstimmungsbedarf deutlich zu machen, den bestimmte Problemfelder mit sich bringen. Ich erlebe in den Diskussionen immer wieder, dass es Frust über lange Beratungsabläufe und die dann erzielten Ergebnisse gibt: Demokratie kann anstrengend sein, da unterschiedliche Interessen bestehen...

Zunächst möchte ich aber alle Leserinnen und Leser bitten, am 25.5.2014 zur Wahl zu gehen und unseren Europaabgeordneten Bernd Lange und unseren Regionspräsidenten Hauke Jagau sowie die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen im Wahlkreis zu unterstützen. Ich war in dieser Woche viel im Wahlkreis unterwegs und konnte mich davon überzeugen, wie sehr sich unsere Kandidatinnen und Kandidaten engagieren. Jetzt brauchen sie unsere Unterstützung!

Nun zu den aktuellen „Baustellen“, die ich neben den großen Themen Ukraine, Rente, Mindestlohn... als umweltpolitischer Sprecher gerade bearbeite:

1. TTIP – Freihandelsabkommen

Die Debatte um das Freihandelsabkommen reicht bei mir persönlich schon in meine Anfangszeit als Anwalt zurück. Dabei geht es mir gar nicht primär um Chlorhühnchen etc. Mir geht es um die grundsätzliche Frage, welche demokratischen Strukturen wir in einer globalisierten Welt ab- oder aufbauen. Im Bereich des Sortenschutzes war es z.B. 1991 ein Abkommen, das die Europäischen Staaten verpflichtete, das Recht des Landwirts einzuschränken, seine Ernte beschränkungslos verwenden zu dürfen. Es war ein weiteres internationales Abkommen, das im Bereich des Patentrechts ein Europäisches Patentamt installiert hat, welches über Anträge auf Patentierung von Pflanzen und Tiere entscheidet,



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

ohne dass eine behördliche Aufgabenwahrnehmung oder eine angemessene gerichtliche Kontrolle erfolgt.

Der Versuch, wichtige Lebensbereiche in intransparenten Verfahren zu regeln und Parlamente letztlich zum Abnicken zu verpflichten, ist schon lange gegeben. An den bislang erfolglosen Klima- und Datenschutzverhandlungen zeigt sich auf der anderen Seite ein Regelungsbedarf, der von den Parlamenten und Regierungen dieser Welt in keiner Weise angemessen geklärt wird. Wieviel Demokratie können wir in internationalen Prozessen garantieren? Führt das UN-Konsensprinzip zur Unfähigkeit, Herausforderungen zu lösen? Es geht somit um sehr grundsätzliche Fragen, die schließlich in Entscheidungen münden, ob Unternehmen faktisch mit Staaten gleich gestellt werden. Ich bin froh, dass auch aufgrund des Einsatzes vieler NGO`s jetzt diese Debatte in die Öffentlichkeit gelangt ist.

In den verschiedenen Gremien der SPD versuche ich, auf diese Zusammenhänge hinzuweisen. In diesem Zusammenhang arbeite ich in einer interdisziplinär gebildeten fraktionsinternen Arbeitsgruppe mit. Ich hoffe sehr, dass nach der Europawahl eine Zäsur auf europäischer Ebene stattfindet. Ein „Weiter so“ darf es bei TTIP und auch beim Abkommen mit Kanada (CETA) nicht geben. Ich bin sicher, dass Martin Schulz als neuer Kommissionspräsident und Bernd Lange für die notwendige Transparenz sorgen, die überhaupt erst eine Debatte ermöglicht. Diese muss mit der Zivilgesellschaft erfolgen. Nach dieser Bestandsaufnahme muss darüber gesprochen werden, ob und - wenn ja – unter welchen Bedingungen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Um Vereinheitlichungen bei Autoblinkern zu erreichen, brauchen wir keinen Investitionsschutz. Es darf nicht dazu kommen, dass am Ende jahrelanger Verhandlungen Parlamente nur Nein oder Ja sagen können. Die Weichen müssen demokratisch vorher gestellt werden und zwar unverzüglich nach der Europawahl. Dass die Kommission noch wenige Tage vor der Wahl weiter verhandelt, stellt für mich eine Missachtung der Demokratie dar und zeigt die Haltung.

2. Suedlink

Die geplante Nord-Süd-Stromtrasse „Suedlink“ tangiert auch unseren Wahlkreis. Nachdem die ersten Planungen bekannt wurden, habe ich umgehend den „Ständigen Ausschuss“ (mein regelmäßiger Austausch mit den Bürgermeistern) einberufen, um den Bürgermeistern eine Information aus erster Hand zu bieten, zu dem auch Vertreter der Firma Tennet eingeladen wurden. Inzwischen haben sich Bürgerinitiativen gebildet, die zu recht auf Transparenz pochen.

Leider hat sich bislang die SPD-Forderung nicht durchsetzen können, eine nationale Netz-AG zu gründen, die vor allem eine Planung aus öffentlicher Sicht ermöglichen würde. Aktuell stehen viel zu stark betriebswirtschaftliche Aspekte im Vordergrund. Das kann und muss man beklagen. Dennoch läuft die Planung weiter, so dass nun gehandelt werden muss. Ich versuche aktuell, in den bundesgesetzlichen Regelungen Änderungen zu erreichen, die vor allem die Alternative der Erdverkabelung im Blick haben. Betriebswirtschaftlich mag diese Alternative teurer sein. Betrachtet man volkswirtschaftliche Aspekte, Befriedigungseffekte und naturschutzfachliche Gesichtspunkte, so ergibt sich häufig ein anderes Bild. All diese Fragen sind federführend im Wirtschaftsausschuss angesiedelt, der aktuell über Vorschläge der



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

Regierung berät, die bei bestehenden Trassen sogar die Erdverkabelung erschweren bzw. ausschließen. Hier versuche ich nun, mit den SPD-Wirtschaftspolitikern Alternativen zu entwickeln, die dann hoffentlich auch mit den CDU-Abgeordneten mehrheitsfähig sind.

Ich möchte an diesem Beispiel zeigen, wie komplex die Arbeit an einem Problem sein kann. Es gilt zunächst, die Sensibilität auch bei Kolleginnen und Kollegen herzustellen, die vom Trassenbau nicht betroffen sind. Da das Parlament sehr arbeitsteilig arbeitet, müssen dann die entsprechenden Fachpolitiker überzeugt werden. Letztlich muss danach damit gerechnet werden, dass das zuständige Ministerium noch einmal eine gegensätzliche Haltung einnimmt und somit neuer Beratungsbedarf entsteht. Ich werde darüber berichten, ob mein Einsatz erfolgreich war...

3. Grüne Gentechnik

Wahrscheinlich wird noch im Juni auf europäischer Ebene darüber entschieden, ob die Mitgliedsstaaten ein Recht erhalten, den Anbau einer gentechnisch veränderten Sorte zu untersagen, obwohl diese Sorte auf europäischer Ebene zugelassen worden ist (sogenannte Opt-Out-Regelung). Es ist bekannt, dass die Bundesregierung in Sachen Grüne Gentechnik völlig unterschiedlicher Auffassung ist. Während SPD und CSU z.B. gegen die Zulassung der Maissorte 1507 gewesen sind, haben sich Forschungs- und Gesundheitsministerium und das Kanzleramt für die Zulassung ausgesprochen, so dass sich Deutschland schließlich enthalten hat. Um hier Bewegung in die Debatte zu bekommen, habe ich mit Kolleginnen und Kollegen aller Bundestagsfraktionen einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten geschrieben, in dem wir einen Regelungsvorschlag machen, für den sich die Bundesregierung auf EU-Ebene einsetzen könnte. Dadurch hat die Debatte wieder an Fahrt aufgenommen. Leider ist die Abstimmung mit den Landwirtschaftspolitikern der CDU sehr schwierig. Ich hoffe aber, dass der Bundestag in der kommenden Sitzungswoche der Bundesregierung eine deutliche Empfehlung mit auf den Weg gibt. Dann müssen die Verhandlungen auf EU-Ebene abgewartet werden. Entscheidend wird sein, welche Rechte Unternehmen eingeräumt wird, die gentechnisch veränderte Sorten in Europa anbauen wollen. Hier erinnert einiges an die TTIP-Verhandlungen. Ich hoffe sehr, dass sich gerade auch nach der Europawahl die Kräfte bündeln lassen, die das Selbstbestimmungsrecht der staatlichen Institutionen wahren. Auch an dieser Frage möchte ich gerne die Komplexität zeigen, da es nicht nur darum geht, in den eigenen Reihen Mehrheiten zu finden. Man benötigt Unterstützer in anderen Fraktionen, beim Koalitionspartner, in der Bundesregierung und schließlich auf EU-Ebene, die aktuell eher als gentechnik-industrie-freundlich bezeichnet werden muss.

4. K+S Pipeline

Seit Jahren beschäftige ich mich mit der Frage, ob und wie die Versalzung der Werra durch das Unternehmen K+S gestoppt werden kann. Hintergrund sind EU-Forderungen nach Einhaltung der Wasserrahmenrichtlinie. Für die strukturschwache Region in Hessen und Thüringen bedeutet K+S einen wichtigen Standortfaktor. Auf der anderen Seite sind die Umweltbelastungen enorm. Seit längerer Zeit hat K+S nun Alternativen zur Entlastung der Werra vorgelegt, die in NRW und Niedersachsen zu großen Debatten führen. Eine Alternative sieht eine Einleitung in die Weser vor. Eine weitere stellt die sogenannte Nordsee-Pipeline dar, die ins Wattenmeer münden soll und auch unseren Wahlkreis tangieren



Dr. Matthias Miersch
Mitglied des Deutschen Bundestages

könnte. Daneben gibt es aber eine Alternative, an der ich seit Jahren mit Bürgerinitiativen, Wissenschaftlern und Unternehmen arbeite. Diese sieht die Aufbereitung und teilweise die erneute Einlagerung vor Ort vor, so dass eine Einleitung nicht mehr notwendig ist. Diese Alternative wurde noch von K+S bis Januar als technisch unmöglich eingestuft. Seit Januar hält sie K+S nur noch als wirtschaftlich nicht darstellbar. Die Thematik erinnert an die Suedlink-Debatte. Was ist betriebswirtschaftlich sinnvoll – was aus volkswirtschaftlicher Sicht? Immerhin, mit Kolleginnen und Kollegen aus Hessen, Niedersachsen und NRW habe ich erreicht, dass nun das Bundesumweltministerium einen Faktencheck und eine Plausibilitätsprüfung vornimmt. Die Drähte glühen und die unterschiedlichen Unternehmens-, Landes- und sonstigen Interessen werden vorgetragen. Ich hoffe, dass die inzwischen hergestellte Öffentlichkeit dazu führen wird, dass auch hier ganzheitliche und nachhaltige Lösungskonzepte entstehen. Es gilt, ökologische und ökonomische Aspekte zu beachten. Das geht – davon bin ich überzeugt.

So, jetzt rufen die weiteren Baustellen Hochwasserschutz, Grünlandregelung oder Fracking ... aber dazu dann mehr zu gegebener Zeit. Ich hoffe, mal einen weiteren, anderen Einblick in meine aktuelle Arbeit gegeben zu haben.

Denken Sie / denkt bitte an den 25.5.2014!

Herzliche Grüße!

Ihr/Euer

Matthias Miersch MdB